

Datenschutzinformationen für die Nutzung der Melde- und Beschwerdestelle¹

(Stand: 06.11.2024)

Die HTW Berlin hat sich im August 2020 mit ihrer Antidiskriminierungsrichtlinie das Ziel gesetzt, einen sicheren, diskriminierungs- und gewaltfreien Lern-, Lehr- und Arbeitsort zu schaffen, geprägt von einem Klima der Akzeptanz, des Vertrauens und einer fairen, solidarischen, respektvollen und wertschätzenden Organisationskultur.

Um individuelle Entfaltungsmöglichkeiten und Zusammenhalt zu fördern, hat sich die HTW Berlin im Rahmen der Antidiskriminierungsrichtlinie verpflichtet, das bestehende Beratungsangebot auszubauen und eine Melde- und Beschwerdemöglichkeit für jede gesetzlich untersagte Form von Diskriminierung einzurichten.

Die datenschutzrechtliche Verantwortlichkeit bei der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten bei Nutzung der Melde- und Beschwerdestelle liegt dabei bei uns. Nachfolgend informieren wir Sie daher über die Art und Weise sowie die Zwecke der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten bei Nutzung der Melde- und Beschwerdestelle.

Bei Fragen oder Anmerkungen scheuen Sie sich bitte nicht, die Zentrale Antidiskriminierungsstelle im Zentralen Referat Gleichstellung & Antidiskriminierung anzusprechen.

I. Name und Anschrift der*des Verantwortlichen

Die Verantwortliche im Sinne der Datenschutz-Grundverordnung und anderer nationaler Datenschutzgesetze der Mitgliedsstaaten sowie sonstiger datenschutzrechtlicher Bestimmungen ist:

Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin
vertreten durch die Präsidentin
Treskowallee 8
10318 Berlin
E-Mail: praesidentin@htw-berlin.de
Website: www.htw-berlin.de

II. Name und Anschrift der*des Datenschutzbeauftragten

Bei allen Fragen und als Ansprechpartner*in zum Thema Datenschutz steht Ihnen unser*e Datenschutzbeauftragte*r jederzeit zur Verfügung. Die Kontaktdaten sind:

¹ Gemäß der Antidiskriminierungsrichtlinie und dem Schutzkonzept zur Prävention und zum Umgang mit sexualisierter Diskriminierung und Gewalt der HTW Berlin sowie dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz, dem Landesantidiskriminierungsgesetz von Berlin und dem Berliner Hochschulgesetz.

Anschrift: An die*den Datenschutzbeauftragte*n der HTW Berlin,
Treskowallee 8, 10318 Berlin
Telefon: 030 5019-2950
E-Mail: datenschutz@htw-berlin.de

III. Datenverarbeitung bei Nutzung unserer Beschwerde- und Meldestelle

1. Art und Umfang der Verarbeitung personenbezogener Daten, Empfänger*innen

Die Melde- und Beschwerdestelle wird erst tätig, wenn Sie persönlich oder eine von Ihnen hierzu bevollmächtigte Person eine Meldung oder Beschwerde einreichen. Sämtliche im Vorfeld der Erst- und Verweisberatung stattfindenden Gespräche dienen der Unterstützung und Information der Rat suchenden Person.

Eine Meldung oder Beschwerde kann über das digitale Formular, per E-Mail an antidiskriminierung@htw-berlin.de, telefonisch, mündlich oder nach ausdrücklich gewünschter Weitergabe durch die Erst- und Verweisberater*innen erfolgen.

Bei einer Meldung oder Beschwerde über das digitale Formular werden folgende in der Eingabemaske von Ihnen eingegebenen Daten an die Melde- und Beschwerdestelle übermittelt und von dieser bearbeitet:

- Zu welcher Gruppe gehören Sie? * (Bspw. „Ich studiere an der HTW Berlin.“)*
- Betroffenheit? * (Bspw. „Ich bin Betroffene*r.“ oder „Ich bin Zeug*in.“)*
- Bitte schildern Sie den Vorfall/Ihr Anliegen möglichst detailliert. (Was ist passiert? Wann und wo? Wer war beteiligt?)* (bspw. Namen von Personen, die Gegenstand der Beschwerde/Meldung sind oder sonstiger in der Beschwerde/Meldung genannter Personen, sachverhaltsbezogene Informationen, Dringlichkeit)*
- Welcher Kategorie würden Sie diese Art von Diskriminierung spontan zuordnen? (optional) (bspw. rassistische Zuschreibung, sexualisierte Diskriminierung und Gewalt)
- Bitte nehmen Sie mit mir Kontakt auf. / Wie sollen wir in Kontakt mit Ihnen treten?
 - Nachname (optional)
 - Vorname (optional)
 - E-Mailadresse*

Die mit Stern markierten Felder sind Pflichtangaben. Die E-Mailadresse ist nur bei Wunsch der Kontaktaufnahme ein Pflichtfeld. Die Meldung ist anonym möglich.

Ohne die E-Mailadresse ist keine Beratung oder formelle Beschwerde möglich.
Das Formular wird an die Melde- und Beschwerdestelle übersendet.

Zum Zeitpunkt der Absendung des Melde- bzw. Beschwerdeformulars werden zudem sog. Logdaten erhoben, bspw. IP-Adresse der*des Nutzer*in, Datum und Uhrzeit der Absendung des Formulars, Website, von der das System der*des Nutzer*in auf unsere Internetseite gelangt ist. Die während des Absendevorgangs verarbeiteten personenbezogenen Daten dienen ausschließlich dazu, einen Missbrauch unseres Melde- und Beschwerdeformulars zu verhindern und die Sicherheit unserer informationstechnischen Systeme sicherzustellen.

Die Verarbeitung der personenbezogenen Daten aus dem Melde- und Beschwerdeformular sowie weiterer Informationen, die Sie im Rahmen Ihrer Meldung bzw. Beschwerde der Melde- und Beschwerdestelle zukommen lassen, dienen dieser allein und ausschließlich zur Bearbeitung Ihrer Meldung bzw. Beschwerde.

Die Bearbeitung Ihrer Meldung bzw. Beschwerde erfolgt durch ein jeweils dreiköpfiges Vertrauenssteam. Das Vertrauenssteam wird fallbezogen zusammengesetzt. Die Mitglieder des Vertrauenssteams werden von der Hochschulleitung in diese Funktion bestellt, sie verfügen über einschlägige Kompetenzen und Erfahrungen und wirken freiwillig im Vertrauenssteam mit. Die Melde- und Beschwerdestelle wurde von der Hochschulleitung als Meldestelle gemäß AGG und LADG bestellt und wirkt bei jeder Fallintervention mit.

Die Melde- und Beschwerdestelle dokumentiert Ihre Meldung bzw. Beschwerde sowie im Verlauf der Fallbearbeitung die vorgenommenen Verfahrensschritte und deren Ergebnisse. Dabei werden regelmäßig folgende personenbezogene Daten dokumentiert, wobei dies nur in dem Umfang erfolgt, wie es für die Bearbeitung der Meldung bzw. der Beschwerde zwingend notwendig ist (Dokumentationsbogen Meldung/Beschwerde):

- Dokumentationsbogen erstellt durch [Name, Vorname]
- Dokumentationsbogen erstellt am [TT.MM.JJJJ]
- Datum der Erstkontaktaufnahme / Eingang der Meldung/Beschwerde [TT.MM.JJJJ]
- Name, Vorname der zuständigen Person
- Beteiligte Mitglieder des Vertrauenssteams
- Ggfs. Name(n), Vorname(n) der*des Betroffenen, wenn die Meldung/Beschwerde nicht anonym ist
- Mitgliedergruppe
- Fachbereich / Studiengang
- Bei Mitarbeitenden Organisationseinheit und Vorgesetzte*r

- Name(n), Vorname(n) des Menschen unter Verdacht
- Mitgliedergruppe
- Fachbereich / Studiengang
- Bei Mitarbeitenden Organisationseinheit und Vorgesetzte*r
- Rechtsgrundlage: Meldung gemäß HTW-Antidiskriminierungsrichtlinie / Beschwerde gemäß AGG / Beschwerde gemäß LADG
- Betroffene(s) Diskriminierungsmerkmal(e)
- Diskriminierungsform (bspw. mittelbare Diskriminierung; unmittelbare Diskriminierung)
- Fallbeschreibung/Aufklärung des Sachverhalts: Was ist passiert? Gibt es Zeug*innen, Belege oder Beweise? Einbezogene Personen und Stellen, bisherige und weitere Schritte der Hochschule, Absprachen, Ergebnisse, empfohlene bzw. eingeleitete Maßnahmen oder Interventionen, Abschluss und Evaluation
- Stellungnahme(n) des Menschen unter Verdacht

Hält das Vertrauensteam ein Sensibilisierungs- oder Konfrontationsgespräch mit dem Menschen unter Verdacht für erforderlich, holt es hierfür das ausdrückliche Einverständnis der*des Betroffenen ein. Eine Bestätigung per E-Mail ist ausreichend; eine Unterschrift ist nicht erforderlich. Auch andere Interventionen werden mit der*dem Betroffenen rückgekoppelt. Gegebenenfalls erläutert die Melde- und Beschwerdestelle der*dem Betroffenen vorab die Möglichkeiten und Grenzen der Wahrung der Anonymität der*des Betroffenen gegenüber dem Menschen unter Verdacht.

Sofern die Melde- und Beschwerdestelle im Rahmen der Fallbearbeitung besondere Kategorien von personenbezogenen Daten, z.B. Gesundheitsdaten, verarbeiten muss, erfolgt dies nur mit der ausdrücklichen Einwilligung der*des Betroffenen.

Das Vertrauensteam trägt unter der Koordinierung und Leitung der Melde- und Beschwerdestelle den Sachverhalt zusammen. Hierzu kann sie Verantwortliche aus den jeweiligen betroffenen Bereichen einbeziehen, insbesondere dann, wenn Sofortmaßnahmen zur Unterbindung von Diskriminierung, zur Schadensbegrenzung oder zur Wiedergutmachung notwendig sind. Sie kann zudem weitere Personen als Zeug*innen sowie (externe) fachkundige Personen anhören. Zur Wahrung der Vertraulichkeit der beteiligten Personen wird der Kreis der einbezogenen Personen so klein wie möglich gehalten (Prinzip des „Need to know“). Personenbezogene Daten gegenüber den vorgenannten Stellen/Personen werden nur offenbart, sofern dies

für die Fallbearbeitung zwingend erforderlich ist. Das zuständige Vertrauenssteam gibt dem Menschen unter Verdacht die Möglichkeit, sich zu der Meldung bzw. Beschwerde zu äußern und führt je nach den Umständen des Einzelfalls mit ihm ein persönliches Gespräch. Stellungnahmen des Menschen unter Verdacht werden dokumentiert.

Auf dieser Grundlage prüft das jeweils zuständige Vertrauenssteam den Sachverhalt und führt die Intervention durch. Die Umsetzung der Maßnahmen erfolgt durch die hierfür formal befugten Personen, das können z.B. die Zentrale Antidiskriminierungsstelle, die Personalleitung oder die*der Kanzler*in sein. Rehabilitationsmaßnahmen von Menschen unter Verdacht sind geboten, wenn sich die Meldung bzw. Beschwerde als unbegründet erweist.

Zum Abschluss des Verfahrens werden die*der Betroffene*r und der Mensch unter Verdacht informiert.

Eine Weitergabe personenbezogener Daten an externe Dritte erfolgt nur, soweit dies gesetzlich vorgeschrieben und soweit dies zulässig ist. Das können bspw. Strafverfolgungsbehörden in Strafverfahren, zuständige Stellen in einem der Meldung/Beschwerde nachfolgenden Verwaltungsverfahren einschließlich verwaltungsbehördlicher Bußgeldverfahren oder Gerichte aufgrund gerichtlicher Entscheidungen sein.

2. Zweck der Datenverarbeitung

Der Zweck des Melde- und Beschwerdeverfahrens ist die Verwirklichung eines sicheren, diskriminierungs- und gewaltfreien Lern-, Lehr- und Arbeitsortes, geprägt von einem Klima der Akzeptanz, des Vertrauens und einer fairen, solidari-schen, respektvollen und wertschätzenden Organisationskultur durch die Aufar-beitung von Vorfällen für Betroffene und Menschen unter Verdacht.

Die Verarbeitung Ihrer im Rahmen der Nutzung der Melde- und Beschwerdestelle übermittelten personenbezogenen Daten dient der Melde- und Beschwerdestelle der Erfüllung der ihr von Gesetzes wegen sowie infolge der Antidiskriminierungs-richtlinie obliegenden Aufgaben, d.h. der Durchführung des Melde- und Be-schwerdeverfahrens gemäß der Antidiskriminierungsrichtlinie und dem Schutz-konzept zur Prävention und zum Umgang mit sexualisierter Diskriminierung und Gewalt der HTW Berlin sowie dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz, dem Landesantidiskriminierungsgesetz von Berlin und dem Berliner Hochschulgesetz.

3. Rechtsgrundlage für die Datenverarbeitung

Die Rechtsgrundlage für die Verarbeitung personenbezogener Daten liegt in der Erfüllung gesetzlicher Pflichten nach § 13 AGG i.V.m. Art. 6 Abs. 1 lit. e) DSGVO, in der Erfüllung öffentlicher Aufgaben nach § 5b Abs. 3 BerlHG, §§ 12, 13 AGG, 11

Abs. 2 LADG i.V.m. der Antidiskriminierungsrichtlinie der HTW Berlin vom 19. Oktober 2020 i.V.m. Art. 6 Abs. 1 lit. e) DSGVO. Daneben ergibt sich eine Rechtsgrundlage für die Verarbeitung personenbezogener Daten aus der Fürsorgepflicht der Hochschule gegenüber den Mitgliedern der Hochschule, Art. 6 Abs. 1 lit. b) DSGVO.

Ergänzend dient Art. 6 Abs. 1 lit. f) DSGVO als Rechtsgrundlage hinsichtlich des Interesses an einer diskriminierungsfreien Hochschulumgebung.

Soweit und in dem Umfang, wie Sie der Melde- und Beschwerdestelle darüber hinaus Ihre Einwilligung erteilen, ist die Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung zusätzlich noch Ihre Einwilligung nach den Art. 6 Abs. 1 lit. a) und 9 Abs. 2 lit. a) DSGVO.

4. Dauer der Datenverarbeitung

Die im Rahmen des Melde- und Beschwerdeverfahrens erhobenen personenbezogenen Daten werden für die Dauer der Bearbeitung der Meldung bzw. Beschwerde einschließlich der Durchführung evtl. notwendiger Folgemaßnahmen durch die Melde- und Beschwerdestelle verarbeitet. Die Daten werden gelöscht, sobald der Zweck der Speicherung entfällt und soweit die Hochschule nicht aus gesetzlichen Gründen zur längeren Aufbewahrung berechtigt und/oder verpflichtet ist.

Zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen wird die Dokumentation der Fallbearbeitung für eine Dauer von drei Jahren gespeichert und anschließend gelöscht, es sei denn, die Hochschule ist im Einzelfall zu einer längeren Aufbewahrung verpflichtet oder berechtigt.

IV. Rechte der*des Betroffenen

Bei der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten haben Sie hinsichtlich der Sie betreffenden personenbezogenen Daten der Hochschule gegenüber folgende Rechte:

► Recht auf Auskunft, Art. 15 DSGVO

Sie haben das Recht, von der Hochschule zu erfahren, ob, welche, wofür und wie lange personenbezogene Daten von Ihnen verarbeitet werden.

► Recht auf Berichtigung oder Löschung, Art. 16 und 17 DSGVO

Sie können die Berichtigung unrichtiger oder unvollständiger personenbezogener Daten, die von uns verarbeitet werden, verlangen. Außerdem können Sie die Löschung Ihrer personenbezogenen Daten verlangen, wenn bestimmte Gründe vorliegen, wie z.B., wenn die Daten für den ursprünglichen Zweck nicht mehr benötigt werden.

► Recht auf Einschränkung der Verarbeitung, Art. 18 DSGVO

Unter bestimmten Voraussetzungen können Sie die Einschränkung der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten verlangen, insbesondere wenn die Richtigkeit bestritten wird oder die Verarbeitung rechtswidrig ist.

► **Recht auf Datenübertragbarkeit, Art. 20 DSGVO**

Sie haben das Recht, Ihre personenbezogenen Daten in einem strukturierten, maschinenlesbaren Format zu erhalten und an eine*n andere*n Verantwortliche*n zu übermitteln, sofern Sie der Hochschule die Daten zur Verfügung gestellt haben und diese Ihre Daten aufgrund Ihrer Einwilligung oder eines Vertrages verarbeitet.

► **Recht auf Widerspruch gegen die Verarbeitung, Art. 21 DSGVO**

Sie können aus besonderen Gründen jederzeit der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten widersprechen, die aufgrund von Art. 6 Abs. 1 UAbs. 1 Buchstabe e oder f DSGVO erfolgt. Die Hochschule verarbeitet Ihre Daten dann nicht mehr, es sei denn, es gibt zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung, die Ihre Interessen, Rechte und Freiheiten überwiegen.

► **Recht auf Widerruf der Einwilligung, Art. 7 Abs. 3 DSGVO**

Sie können jederzeit Ihre datenschutzrechtliche Einwilligung widerrufen, ohne die Rechtmäßigkeit der vor dem Widerruf erfolgten Verarbeitung zu beeinträchtigen.

► **Beschwerderecht bei Aufsichtsbehörde, Art. 77 DSGVO**

Sie können sich bei der Datenschutzaufsichtsbehörde beschweren, wenn Sie der Meinung sind, dass die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten gegen die Datenschutzgrundverordnung verstößt.

Hierzu sowie zu weiteren Fragen zum Thema Schutz Ihrer personenbezogenen Daten können Sie sich jederzeit über die unter Abschnitt I angegebenen Kontaktdaten an die Zuständigen wenden.